

Postulat betreffend Sexualpädagogischer Präventionsarbeit durch Fachpersonen

Artikel 55 der Geschäftsordnung

Gestützt auf das Bundesgesetz über die Schwangerschaftsberatungsstelle vom 9. Oktober 1981 sind die Kantone verpflichtet, Stellen für eine umfassende Schwangerschaftsberatung zu errichten. Der Kanton Luzern hat zusammen mit Nidwalden und Obwalden den Auftrag an die bestehende Beratungsstelle, den Verein für Ehe- und Lebensberatung Luzern (elbe), übertragen.

Durch die regelmässige, öffentliche Bekanntmachung der Adressen kann man davon ausgehen, dass die Bevölkerung von Obwalden von diesem Angebot weiss und davon Gebrauch macht.

Zu einer umfassenden Beratung gehört aber auch die Präventionsarbeit und diese muss sowohl im Elternhaus wie auch in der Schule stattfinden. Das Thema Sexualität ist im Lehrplan verankert und die Lehrperson ist für die Umsetzung verantwortlich. Weil das Thema sehr komplex ist und die Lehrperson nicht auf jedem Gebiet Fachperson sein kann, ist es von Vorteil, von einer Sexualpädagogin Unterstützung zu bekommen.

In Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW bietet elbe zu verschiedenen Themenkreisen Hilfestellungen an, mit dabei ist auch die sexualpädagogische Präventionsarbeit.

Der Kanton Obwalden hat, im Gegensatz zum Kanton Nidwalden, im Leistungsvertrag die Prävention nicht eingeschlossen. Deshalb kostet dieses Angebot.

Der Kanton Obwalden bietet zur sexualpädagogischen Prävention wenig Unterstützung an. Die Fachstelle für Gesundheit und Prävention musste sich für andere Schwerpunktthemen wie Alkohol entscheiden und hat deshalb nur beschränkte Ressourcen für weitere Themen.

Der Regierungsrat wird darum beauftragt, nachfolgende Fragen zu prüfen, dem Parlament darüber Bericht zu erstatten und allfällige Massnahmen zu beantragen.

1. Wird im Kanton Obwalden genügend sexualpädagogische Präventionsarbeit von Fachpersonen flächendeckend und bei verschiedenen Zielgruppen (Volksschule, Gymnasium, Gewerbeschule, andere Ausbildungsstätten, Migrantinnen usw.) angeboten, ohne dass Personen und Institutionen dafür bezahlen müssen?

2. Wie können eventuell vorhandene Lücken in der Beratung und Betreuung von sexualpädagogischen Präventionsbemühungen geschlossen werden?

Sarnen, 30. Juni 2006

SP Kantonsrätin Heidi Wernli Gasser und Mitunterzeichnende

Heidi Wernli Gasser
Maria Kummerow
Judit Staudach Brunner
S. Gasser
Kunzbrunn

Wernli Gasser
P.S. - T
Bögelin
P. Halter-Turner
A. Stetteli
Theres Müller
P. Halter